

Betrifft: Stellungnahme / Einwendung / Begutachtung Windkraftprojekt nördlich von Mürzzuschlag - Entwicklungsprogramm

Werte Raumordnungsbehörde,

hiermit erhebe ich fristgerecht Einwendungen gegen das geplante Windkraftprojekt nördlich von Mürzzuschlag.

Die gegenständliche Planung stellt nach Auffassung der betroffenen Bevölkerung einen weiteren massiven Eingriff in einen bereits erheblich belasteten Natur-, Erholungs- und Lebensraum dar. Südlich der Region befinden sich bereits rund 70 Windkraftanlagen. Die nunmehr geplante zusätzliche Verdichtung führt zu einer unzumutbaren kumulativen Gesamtbelastung des Landschafts- und Lebensraumes und widerspricht dem verfassungsrechtlich verankerten Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzip.

Es bestehen erhebliche Zweifel, ob das Projekt mit den Zielsetzungen des österreichischen Umweltrechts, des Naturschutzrechts, des Wasserrechts sowie einer geordneten Raumplanung vereinbar ist.

1. Verletzung des Vorsorgeprinzips und unzureichende wissenschaftliche Klärung

Nach dem unionsrechtlich und national anerkannten Vorsorgeprinzip dürfen Vorhaben dann nicht genehmigt werden, wenn erhebliche Umwelt- oder Gesundheitsrisiken nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden können.

Gerade dies ist hier jedoch nicht gegeben.

a) Gefahr für Wasserressourcen durch Rotorblatt-Erosion

Rotorblätter unterliegen einem dauerhaften Materialverschleiß durch Regen, Eis, UV-Belastung und mechanische Beanspruchung. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass dabei Mikroplastik-Partikel, Epoxidharze, Carbonfaserbestandteile sowie potenziell PFAS-haltige Stoffe freigesetzt werden können.

Im sensiblen alpinen Raum mit zahlreichen Quell- und Grundwassersystemen besteht daher die konkrete Gefahr einer langfristigen Belastung von Böden und Wasserressourcen. Die Auswirkungen auf Trinkwasserqualität und alpine Wasserkreisläufe sind wissenschaftlich keineswegs abschließend geklärt. Gefahren daraus sind in Studien schon nachgewiesen.

Eine Genehmigung ohne unabhängige hydrogeologische Langzeitprüfung wäre daher aus Sicht des Wasser- und Vorsorgeschutzes grob fahrlässig.

2. Gesundheitsgefährdung durch Infraschall und tieffrequenten Schall

Windkraftanlagen erzeugen nachweislich niederfrequente Schallimmissionen und Infraschall, die sich über große Entfernungen ausbreiten können.

Auch wenn einzelne Studien unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich unmittelbarer Gesundheitsfolgen vornehmen, besteht in der Wissenschaft weiterhin keine abschließende Klarheit über Langzeitwirkungen auf:

Schlafqualität,

Stressbelastung,

vegetatives Nervensystem,

Herz-Kreislauf-System,

psychische Belastung und

dauerhafte Beeinträchtigung des Wohlbefindens.

Gerade deshalb verpflichtet das Vorsorgeprinzip die Behörde zu besonderer Zurückhaltung.

Es ist rechtlich nicht vertretbar, die Bevölkerung einer zusätzlichen Dauerbelastung auszusetzen, obwohl erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten weiterhin bestehen.

3. Unzulässige Industrialisierung des Alpen- und Erholungsraumes

Die geplanten Anlagen bedeuten eine weitere irreversible technische Überformung einer sensiblen Alpen- und Erholungslandschaft.

Der Raum rund um Mürzzuschlag erfüllt wesentliche Funktionen:

Wohn- und Lebensraum,

Natur- und Erholungsraum,

Tourismus- und Freizeitregion,

Rückzugsraum für Wildtiere,

identitätsstiftende Kulturlandschaft.

Die Errichtung weiterer großindustrieller Anlagen mit massiver Sichtbarkeit über viele Kilometer führt zwangsläufig zu:

einer Entwertung des Landschaftsbildes,

einer Minderung der Lebensqualität,

potenziellen Wertverlusten von Immobilien,

sowie negativen Auswirkungen auf Tourismus und Naherholung.

Die Region darf nicht schrittweise zu einer industriellen Energiezone umgewandelt werden.

4. Gefährdung von Wild- und Nutztieren

Windkraftanlagen verursachen erhebliche Eingriffe in bestehende Ökosysteme.

Dies betrifft insbesondere:

Vogel- und Fledermauspopulationen,

Wildwechsel,

Brut- und Rückzugsgebiete,

sensible alpine Lebensräume,

sowie Weide- und Nutztierhaltung.

Zusätzlich sind Auswirkungen durch:

Schlagschatten,

dauerhafte Lärmbelastung,

Bau- und Wartungsverkehr,

Bodenversiegelung und

Zerschneidung von Lebensräumen

zu berücksichtigen.

Eine bloß formale Prüfung einzelner Arten genügt nicht. Erforderlich ist eine umfassende kumulative Gesamtbewertung sämtlicher bereits bestehender und geplanter Anlagen in der Region.

5. Fehlerhafte Gesamtbetrachtung der Vorbelastung

Die Region weist bereits jetzt eine außergewöhnlich hohe Dichte an Windkraftanlagen auf.

Eine isolierte Betrachtung weiterer Einzelprojekte ist daher unzulässig. Vielmehr ist rechtlich zwingend zu prüfen:

die Gesamtbelastung der Bevölkerung,

die Summe aller Schall- und Landschaftswirkungen,

die kumulative Belastung von Naturraum und Tierwelt,

sowie die langfristige Veränderung des gesamten Landschaftscharakters.

Gerade diese Gesamtbetrachtung wird in Genehmigungsverfahren häufig unzureichend vorgenommen.

Forderung

Aus den genannten Gründen wird beantragt,

das gegenständliche Projekt nicht zu genehmigen;

hilfsweise

eine unabhängige und umfassende Neubewertung sämtlicher Auswirkungen vorzunehmen, insbesondere hinsichtlich:

Trinkwasser und Hydrogeologie,

Mikroplastik- und Schadstoffeintrag,

Infraschall und Gesundheitsschutz,

Artenschutz und Biodiversität,

Landschaftsbild und Tourismus,

kumulativer Gesamtbelastung der Region.

Darüber hinaus wird die Einholung unabhängiger Sachverständigengutachten gefordert, die nicht in wirtschaftlicher Verbindung mit Projektwerbern oder der Windkraftbranche stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Christiana und Gottfried Schwalm

A solid black rectangular box used to redact the signature of Christiana and Gottfried Schwalm.

2026 06 01